Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 147 — Freitag, 27. März 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden, Postscheck-Kto. 1055 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Französische „Sanktionsforderungen"

Die Pariser Presse setzt ihre Hetze fort

Paris, 27. März. Wenngleich in der französischen Oeffentlichkeit eine wesentliche Beruhigung eingetreten ist, nachdem gemeldet wurde, daß sich der Völkerbundsrat zunächst einmal mit der juristischen Seite des deutsch-österreichischen Abkommens beschäftigen solle, so besteht doch kein Grund zu der Annahme, daß man sich nunmehr französischerseits vorläufig zufrieden gibt. Frankreich, dessen Paneuropaplan vorläufig als gescheitert angesehen werden kann, hat einen zu harten Schlag erlitten, als daß man sich ohne weiteres damit zufrieden geben würde.

Die energische Antwort Dr. Brünings,

an die man in Frankreich schon gar nicht mehr gewöhnt war, hat außerdem den französischen Siegerstolz schwer verletzt, und schon fordert man einschneidende Sanktionsmaßnahmen, ohne sich im geringsten darüber einig zu sein, welche Form man ihnen geben soll.

Der außenpolitische Berichterstatter des „Journal" sagt, man dürfe sich nicht mit der „Herausforderung" Brünings abfinden. Er verschanzt sich außerdem hinter die Aeußerungen Herriots, der wieder einmal seinen pazifistischen Umstandsmantel abgelegt hat, um als normaler Durchschnittsfranzose von der „Ueberrumpelung" Frankreichs zu sprechen. — Auch

die politischen Fraktionen erwachen langsam aus ihrer ersten Ohnmacht

und beginnen, ihre Haltung in Entschließungen festzulegen. Am Donnerstag trat die Gruppe der Republikanischen Vereinigung des Senats, eine der rechtsgerichteten Fraktionen, zusammen und erklärte einstimmig, daß eine Nachgiebigkeit der Großmächte gegenüber einer so unzweideutigen Verletzung der Verträge, wie sie das deutsch-österreichische Abkommen darstelle, die schwersten Folgen für den europäischen Frieden haben würde.

In äußerst drastischer, aber treffender Art faßt ein parteiloses sattrisches Wochenblatt die Angelegenheit zusammen und schreibt:

„Deutschland und Oesterreich treffen ein Abkommen und schaffen ihre Zollgrenzen ab. Mit einem Schlage geraten alle diejenigen, die die Verständigung und die Aufhebung der Zollschranken predigen, in maßlose Wut,

und das Ganze nennt sich Außenpolitik."

Pertinax setzt im „Echo de Paris" seinen Hetzfeldzug fort und fordert die Dringlichkeitsprozedur, die in Artikel 11 des Völkerbundspaktes vorgesehen ist. Vom Völkerbundsrat könne man nur unwesentliche Debatten erwarten, wie seinerzeit in der Angelegenheit der ungarischen Maschinengewehre. Heute handele es sich jedoch nicht mehr um die Bewaffnung einiger Divisionen, sondern um eine wirkliche Gebietseroberung, und es sei unmöglich, vorauszusehen, wo die Vergrößerung des Reiches ende.

Der „Petit Parisien" schreibt unter anderem, wenn sich die österreichisch-deutsche Vereinigung verwirkliche, so werde sich die germanische Macht nur eine Stunde Eisenbahnweg von Triest befinden, und früher oder später werde ihr Einfluß als Schiedsrichter zwischen Italien und Südslawien an der Adria auftauchen. Deutschland würde außerdem fast sämtliche Eisenbahnlinien und Wasserstraßen Mitteleuropas kontrollieren. Die Tschechoslowakei würde sich auf Dreiviertel ihrer Grenzen durch die germanische Vereinigung umzingelt sehen.

Beruhigung in London

London, 27. März. „Times" schreibt bei Erörterung der Besprechungen zwischen London und Berlin über Hendersons Anregung, es handle sich um ein offenbares Mißverständnis. Hendersons Anregung wegen Prüfung der österreichisch-deutschen Vereinbarung durch den Völkerbundsrat habe die legale, nicht die politische und wirtschaftliche Seite der Sache betroffen, während Dr. Brünings Antwort sich hauptsächlich auf die letzteren bezog. Da der Reichskanzler aber hinzugefügt habe, die deutsche und die österreichische Regierung hätten keinen Grund, eine Prüfung der juristischen Seite zu scheuen, wenn andere Regierungen dies wünschten, dürfe man mit einiger Zuversicht hoffen, daß er Hendersons Anregung akzeptieren werde.

Henderson verteidigt sich

London, 27. März. In einer Unterredung mit englischen Pressevertretern setzte Henderson seine Gründe auseinander, warum die Angelegenheit des deutsch-österreichischen Abkommens vor den Völkerbund gebracht werden solle. Zwischen ihm und Briand bestünde Uebereinstimmung darüber, daß dies die richtige Art der weiteren Verhandlung sei. Auf Fragen erklärte Henderson, er habe noch keine amtliche Kenntnis davon, daß der deutsche und österreichische Kanzler, deren Antworten er erwarte, sich gegen das Völkerbundsverfahren ausgesprochen hätten.

Er selbst sei der festen Ansicht, daß der Völkerbundsrat zuständig sei. Falls die deutsche und die österreichische Regierung anderer Ansicht seien, so würde dies eine Angelegenheit sein, die ernster Erwägungen bedürfe.

Aus verschiedenen Gründen glaube er, daß der von ihm gemachte Vorschlag angenommen werden sollte. Hauptsächlich spreche dafür, daß der Völkerbund am Genfer Protokoll vom Jahre 1923 mitgewirkt habe. In den Besprechungen zwischen Briand und ihm selbst sei man sich über die Berechtigung des englischen Vorschlages einig geworden.

Amerika läßt sich nicht beeinflussen

Neuyork, 27. März. Wie aus bestunterrichteter Quelle verlautet, haben die diplomatischen Vertreter Frankreichs und der Tschechoslowakei sich am Donnerstag vergeblich bemüht, Staatssekretär Stimson zu einer endgültigen Stellungnahme im Streit um den deutsch-österreichischen Vorvertrag zu veranlassen. Staatssekretär Stimson ließ die beiden Diplomaten nicht im Zweifel darüber, daß die Vereinigten Staaten an der politischen Seite des Problems gänzlich uninteressiert seien. Zur Rechtslage und zu den aus einer Zollunion für den amerikanischen Handel sich ergebenden Folgen könne die Regierung sich erst äußern, wenn der von den Sachverständigen des Staatsdepartements eingeforderte Bericht vorliege, dessen Abfassung sicherlich geraume Zeit in Anspruch nehmen werde.

Der Großmeister des Malteserordens gestorben. Der Großmeister des souveränen Malteserritterordens, Galeazzo von Thun und Hohenstein, ist nach einer Meldung aus Rom gestorben.

Hitler greift in Thüringen ein

Weimar, 27. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die thüringische Krise wird in auswärtigen Führerkreisen der Nationalsozialisten anscheinend gewichtiger genommen, als man das in unmittelbar beteiligten Kreisen zu würdigen vermag, und es scheint, als sei es auf Betreiben besonders jener Kreise zurückzuführen, daß sich Adolf Hitler in letzter Stunde entschlossen hat, persönlich einzugreifen. Gestern abend ist er in Weimar eingetroffen. Wie zuverlässig verlautet, wird er sich auf das genaueste über die Vorgänge, die zur Regierungskrise führten, an Ort und Stelle, und zwar von nicht unmittelbar Beteiligten, informieren lassen und vielleicht auch schon mit führenden Persönlichkeiten anderer Parteien Fühlung nehmen. Auf alle Fälle wird er aber zur Fortführung der Verhandlungen die geeigneten und durch die bisherigen Vorgänge nicht belasteten Vertrauensleute bestimmen.

Es ist wohl selbstverständlich, daß bei dieser Wendung der Dinge von den Nationalsozialisten auch beträchtliche Opfer gebracht werden müssen, falls ein Ausgleich der immer schroffer gewordenen Gegensätze gefunden werden soll. So scheint die Einrichtung der Fachberater endgültig gefallen zu sein, wenn sie sich nicht gar infolge einer anderen Besetzung des Ministeriums für Volksbildung erledigen sollte. Denn auch mit diesem Opfer muß bei der jetzigen Sachlage gerechnet werden. Auch die Hochschule für bildende Kunst, Handwerk und Baukunst wird organisatorisch völlig umgestellt werden müssen, falls Professor Dr. Schulze-Naumburg Wert darauf legt, ihre Leitung beizubehalten. Inwieweit auch führende Persönlichkeiten abtreten müssen, wird der Gang der Verhandlungen schon in den nächsten Tagen ergeben.

Ruhige Beurteilung in Berlin

Berlin, 27. März. In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß der Berliner Besuch des österreichischen Justizministers Dr. Schürff, der heute vormittag in Berlin eintraf, nur im Zuge der Besprechungen über die Rechtsangleichung liegt, die bekanntlich schon seit etwa fünf Jahren im Gange ist. Es handelt sich diesmal um die Probleme des Zwangsvollstreckungs- und Urheberrechtes. Gerüchte, die den Besuch mit der Zollunion in Verbindung bringen, werden von unterrichteter Seite entschieden als vollkommen abwegig bezeichnet.

Im übrigen hat man in politischen Kreisen den Eindruck, daß die internationale Debatte über die Zollunion heute doch schon etwas nüchterner geworden ist. Wenn übrigens der tschechoslowakische Außenminister eine Wendung gebraucht hat, nach der die Tschechoslowakei „den Plan nicht anehmen" könne, so ist darauf hinzuweisen, daß ja schließlich nur Deutschland und Oesterreich ihn anzunehmen haben. Andere Mächte können nur Einwendungen nach der juristischen Seite hin machen, und der Kanzler hat ja erklärt, daß wir eine juristische Nachprüfung nicht zu scheuen hätten. Es handelt sich aber nicht darum, ob ein dritter Staat den Plan „annimmt" oder nicht.

Die französische Drohung, die Zollunion mit der Kündigung des Handelsvertrags zu beantworten, wird in Berliner Kreisen sehr ruhig aufgenommen.

Schon vor einem Vierteljahr, bei dem Abschluß des Zusatzabkommens, ist von französischer Seite bemerkt worden, daß der Handelsvertrag demnächst gekündigt werden müsse. Der Vertrag hat sich nämlich anfänglich zugunsten Frankreichs entwickelt, dann aber, seit anderthalb Jahren, doch recht stark zu unseren Gunsten; das hängt mit der Konjunkturentwicklung und der Tatsache zusammen, daß Frankreich von der Wirtschaftskrise bisher noch verhältnismäßig wenig gemerkt hat und deshalb kaufkräftiger ist, was natürlich unserem Export zugute kommt. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, daß die Kündigung des Vertrags, die übrigens immer am Ende eines Monats mit dreimonatiger Frist erfolgen kann, mit der Zollunion eigentlich wenig zu tun hat, sondern ohnehin erwartet werden mußte. Das bestätigen auch die Ausführungen, die der französische Handelsminister Rollin am 21. Februar in der Kammer gemacht hat.

In der Wilhelmstraße werden ferner aufs schärfste die in Paris in Umlauf gesetzten Gerüchte dementiert, als sei die deutsch-österreichische Zollunion ein

Teil eines großen Geheimvertragssystems

wirtschaftspolitischer Art, an dem angeblich auch Rußland und Finnland, aber auch weitere europäische Staaten teilnehmen sollten. An derartigen Kombinationen, die nur von böswilliger Seite in die Welt gesetzt worden sein können, ist kein wahres Wort. In der Wilhelmstraße werden derlei Gerüchte als geradezu unsinnig bezeichnet.

Schließlich sind noch Befürchtungen zu zerstreuen, als könnte eine ernsthafte Verstimmung mit Frankreich

Rückwirkungen auf den deutschen Auslandskredit

haben. Dazu ist zu sagen, daß alle Hoffnungen, langfristige französische Gelder nach Deutschland hereinzubekommen, an sich schon nicht mehr bestehen. Mit kurzfristigen Kredithilfen dürfte auch nicht zu rechnen sein. Sollte aber die französische Regierung, um einen Druck auf Deutschland auszuüben, neuerdings Zurückziehungen kurzfristiger französischer Kredite aus Deutschland veranlassen, so würde sie damit keinen Erfolg haben können. Die deutsche Bankwelt hat sich nach den Erfahrungen, die sie bisher mit französischen Kreditgebern gemacht hat, für solche Zwischenfälle gerüstet, um ihnen in Zukunft anstandslos und ohne jede Aufregung begegnen zu können.

„Graf Zeppelin" startet wieder

Friedrichshafen, 27. März. Heute früh 6,20 Uhr stieg das Luftschiff „Graf Zeppelin" zu seiner ersten Werkstättenfahrt dieses Jahres auf. Die Führung lag in Händen von Kapitän Lehmann. Der Aufstieg ging bei schwachem Nordostwind glatt vonstatten. An dem Flug nahmen zwölf geladene Gäste teil. Nach einstündiger Fahrt im Bodenseegebiet landete das Luftschiff um 7,50 Uhr wieder glatt auf dem Werftgelände.

Auflösung der Prager Faschistenwehr

Prag, 27. März. Gestern abend wurde dem Vorsitzenden der Nationalen Faschistengemeinde, dem Abgeordneten Gajda, ein Erlaß der Prager Polizeidirektion zugestellt, durch den die Wehr (Obrana) der Faschistengemeinde aufgelöst wird. Als Grund wird angeführt, daß die Faschistenorganisation die Vorstellung der Oper „Maschinist Hopkins" im tschechischen Nationaltheater durch Lärmszenen vereitelt und die Kundgebungen gegen die deutschen Tonfilme geleitet hätte. Die Obrana bleibt dauernd aufgelöst.

Gandhi droht mit Selbstmord

London, 27. März. „Times" meldet aus Karachi: In einer Rede vor einer ungeheuren Versammlung kam Gandhi gestern abend auf die blutigen Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern in Cawnpur zu sprechen und sagte: Wenn Hindus und Mohammedaner fortfahren, Indien zu spalten, dann werde ich mich zurückziehen und freiwillig den Hungertod sterben. Ueber die persönlichen Beschimpfungen, denen er am Tage zuvor ausgesetzt war, sagte er: „Ihr könnt mich ermorden, ihr könnt mir die Kehle durchschneiden, aber selbst, wenn ihr Gandhi tötet, werdet ihr Gandhis Sache nicht töten!"

Eröffnung des Deutschen Zahnärztetages

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. März. Am Freitag wurde unter dem Ehrenpräsidium der Reichsminister Dr. Wirth und Dr. Stegerwald der Deutsche Zahnärztetag zum ersten Male in der Reichshauptstadt feierlich eröffnet. Dem Festakt wohnten zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsministerien und zahlreiche Delegierte anderer Standesorganisationen und Körperschaften bei. Nach einer musikalischen Einleitung begrüßte Prof. Dr. Hermann Schröder, Berlin, die Erschienenen; die moderne Wissenschaft habe die Zähne als wichtigen Faktor des menschlichen Gesamtorganismus erkannt. Die universelle Erforschung all dieser Probleme würde durch Gründung einer zahnärztlichen hygienischen Zentrale außerordentlich fruchtbar gefördert werden. Anschließend sprach Dr. Linnert, der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft zahnärztlicher Standesvertretungen. Er betonte, daß der riesige Aufschwung zahnärztlicher Forschungstätigkeit deutlich gezeigt habe, daß die Behandlung von Zahn-, Kiefer- und Mundleiden nicht anderen Gesetzen unterworfen sei als die übrige Heiltätigkeit. In der Sozialversicherung spiele die Bekämpfung der Zahn-, Kiefer- und Mundkrankheiten eine immer größere Rolle. Die Kosten der öffentlichen Aufwendungen, so erklärte der Redner u. a., für alle zahnärztliche Hilfstätigkeit dürften mit 130 bis 140 Millionen Reichsmark im Jahre zu berechnen sein. Nach kurzen Ansprachen folgte eine Besichtigung der der Tagung angegliederten Industrieausstellung.